

Angelegenheiten durch die Behörden sowie relativ niedrige Staatsquoten und eine geringe Verschuldung der öffentlichen Hand begünstigen, während die Volksvertreter eher der Versuchung von «Beglückungsvorlagen» (Theodor von Eschenburg), ja sogar einer sich selbst begünstigenden Kastenbildung zu erliegen scheinen. In der Schweiz ist das Finanzreferendum, das zwar nicht der Bund, aber alle Kantone kennen, ein «Sparinstrument» par excellence. In Deutschland haben die Finanzprobleme angesichts der Eurokrise andere, schwindelerregende Dimensionen angenommen, und was ich bisher sagte, mag vor dem neuesten, finanzpolitischen Hintergrund vielleicht als idyllisch vorkommen. Dennoch glaube ich, dass mehr Demokratie Deutschland davor hätte bewahren können, in unermessliche Verschuldung abzugleiten, und es ist meines Erachtens ein grosses Verdienst des Bundesverfassungsgerichts, hier zumindest einer weitestgehenden Erosion der finanzpolitischen Kompetenzen des Bundsparlamentes einen Riegel geschoben zu haben.

III. Direkte Demokratie in der Schweiz: Modell, aber korrekturbedürftig

Die direkte Demokratie hat sich in der Schweiz im Grossen und Ganzen bewährt. Sie ist Teil der Identität des Landes, seiner «raison d'être». Sie kann aus der Schweiz nicht weggedacht werden. Sie hat beachtliche Resultate produziert. Ich denke etwa an folgende Reformen des Staatesystems, die ihren Ursprung in bahnbrechenden Volksinitiativen hatten:

- Einführung des Proporzsystems für die Wahl des Nationalrates (1919);
- Abschaffung des im Zweiten Weltkrieg bestehenden Vollmachtenregimes und «Rückkehr zur Demokratie» (1947);
- Entstehung des Kantons Jura (1979), der aus einer in der Geschichte des Selbstbestimmungsrechts einmaligen, fast uhrwerk-mässig ablaufenden Kaskade von Plebisziten hervorgegangen ist;
- Beitritt zu den Vereinten Nationen (2002): eine Initiative, die massgeblich auch von Studentinnen und Studenten getragen war.

Interessant ist auch etwa, dass Projekte wie die Neugestaltung des Bahnhofes von Zürich trotz vieler Fragwürdigkeiten nie zu politischen Zerreihsproben führten. Ein Grund war wohl, dass einzelne Teilentscheide